



Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

Medieninformation zur Klage der
Stadt Würzburg gegen die Regie-
rung von Unterfranken

1. Vorsitzender Michael Kraus
Mittlerer Katzenbergweg 46
97084 Würzburg
Tel.: 0931-6193376
Mob.: 0178 9294217
Email: michel@pkxl2.de
www.wuerzburg-tunnel.de

Würzburg, 2. März 2015

Der Vorstand der Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V. begrüßt die Entscheidung der Stadt, gegen den Bescheid der Regierung von Unterfranken vom 30. Januar 2015 vor dem Bundesverwaltungsgericht zu klagen und damit den Weg für eine in allen Belangen der Trogtrasse überlegenen Tunnellösung zu eröffnen.

Der Vorsitzende der Initiative, Michael Kraus, kommentiert:

„Endlich können Regierung und Autobahndirektion in ihre Schranken verwiesen werden. Der Rechtsgutachter hat der Stadt bestätigt, was die Tunnelinitiative seit langem aufzeigt, dass nämlich die unzureichende und fehlerhafte Umweltverträglichkeitsprüfung der Autobahndirektion Nordbayern (ABDN) auch zur Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses führen kann – anders als dies noch die Regierung von Unterfranken in ihrem unsäglichen Ablehnungsbescheid dargestellt hat.“

Eine Watsche für den Regierungspräsidenten stellt nach Auffassung der BI die Tatsache dar, dass Anfang Januar 2015 sogar das Bundesverwaltungsgericht die Rechtsauffassung der Regierung in Frage gestellt hat. Die Regierung geht immer noch von der mittlerweile veralteten Sicht aus, dass ein Bürger, der im Planfeststellungsverfahren seine Gesundheitsgefährdung durch Luftschadstoffe nicht geltend gemacht hat, das im Verwaltungsprozess nicht nachholen kann.

Dagmar Dewald, Sprecherin der Tunnelinitiative, erklärt dazu:

Vorstand: Michael Kraus(1.),Anton Obermaier (2.), Maren Katzenberger (Kassenwart), Angelica Rügamer (Schriftführerin)

Konto des Fördervereins: Sparkasse Mainfranken Würzburg BLZ 790 500 00 Konto 46 48 65 36

IBAN DE96 7905 0000 0046 4865 36 BIC BYLADEM1SWU

Seite 1



Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

„Die neueste Rechtsprechung gibt der Bürgerinitiative Recht: Die Gesundheitsgefahr kann trotz des immer wieder zitierten A3-Urteils von 2011 in Leipzig auch heute noch geltend gemacht werden. Der Gutachter der Stadt hat dies im Gegensatz zur Regierung erkannt und zur Klage geraten. Die fehlerhafte Umweltverträglichkeitsprüfung kann die Regierung von Unterfranken auch nicht durch wortreiche Ausführungen verschleiern.

Ein Jahr lang hat die Regierung unseren Aufhebungsantrag vor sich hergeschoben, ohne das zu veranlassen, was die Bürger wollten, nämlich eine Sachprüfung. Stattdessen hat man in Anwendung eines veralteten Rechtsverständnisses berechnigte Bürgerinteressen abgewehrt und Zeit geschunden, um den Trogbau voran zu treiben.“

BI-Sprecherin Johanna Paul kann ihre Enttäuschung über die Haltung mancher Stadträte in der jüngsten Sitzung des Stadtrats nicht verhehlen:

„Die Haltung der CSU-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Christiane Bötsch, und der SPD-Stadträte Heinrich Jüstel und Udo Feldinger ist bestürzend. Die drohenden Auswirkungen des A3-Verkehrs interessieren sie offenbar gar nicht. Statt sich im Interesse der Bürger, von denen sie gewählt wurden, über die Regierung von Unterfranken zu empören, weil diese die Sachprüfung verweigert, wollen sie nur ihre Ruhe haben! Der Ruf von Jüstel ‚Es muss auch mal irgendwann genug sein‘ ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger von Heidingsfeld und Heuchelhof, aber auch aller Würzburger, die massiv von den Abgaseinwirkungen der Autobahn bei Umsetzung der Amtstrasse betroffen wären.“

BI-Vorsitzender Kraus ergänzt:

„Diese Stadträte haben offensichtlich nicht erkannt, dass ihre Gleichgültigkeit wie ein Bumerang auf Würzburg und seine Bürger zurück kommen wird. Dann nämlich, wenn die Stadt die Grenzwerte für Luftschadstoffe, insbesondere für Stickoxide, nicht einhalten können wird. Der Handlungsspielraum Würzburgs ist wegen der Belastung durch die Autobahnen massiv eingeschränkt. Bei zu erwartenden 100.000 Fahrzeugen pro Tag auf der A3 wird die Stadtverwaltung zum



Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

Ausgleich den motorisierten Verkehr aus dem Stadtkern weitestgehend verbannen müssen – oder die Stadt, und damit der Bürger, wird von der EU zur Kasse gebeten!“

Die BI weist wieder auf die erheblichen Überschwemmungsgefahren durch Oberflächenwasser von den steilen Hangböschungen und versiegelten Flächen der Trog-Trasse hin. Vorsitzender Kraus mahnt den Stadtrat konkret im Blick auf den Heigelsbach:

„Wer sehenden Auges Überschwemmungen durch Starkregenabwässer der Trog-Trasse im Altort von Heidingsfeld riskiert, handelt verantwortungslos. Die Gefahren verschwinden nicht durch Abhaken und Vergessen, bis dann die Schäden als ‚höhere Gewalt‘ auf die betroffenen Bürger zurückfallen.“

BI-Sprecherin Dewald stellt fest:

„Für alle negativen Folgen der Trograsse, die unsere Initiative seit Jahren aufzeigt, sind die Stadträte zur Verantwortung zu ziehen, die informationsresistent den Bürgerwillen und die Bürgerinteressen ignorieren, besonders diejenigen, die heute schon ankündigen, die Klage der Stadt per Stadtratsbeschluss zurückzuziehen, wenn die Bindefrist des Bürgerentscheids im April ausläuft. Wir werden die Stadträte als Verantwortliche beim Namen nennen, die durch solch einen perfiden Beschluss ein Urteil über die Klage vereiteln und somit ein Umschwenken auf den Tunnel, der die Gesundheit der Bürger schützt, verhindern wollen. Und wir werden alles in unserer Macht Stehende dafür tun, dem Würzburg-Tunnel im Interesse mehrerer Generationen noch zur Verwirklichung zu verhelfen.“

Michael Kraus
1. Vorsitzender

Dagmar Dewald
Sprecherin

Johanna Paul
Sprecherin